Jürgen Kerner
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Vorstand 06

Industriepolitik

Rede vor Betriebsvorsitzenden

am 25. Januar 2013 in Karlsruhe, 8.30 Uhr

Inhaltsverzeichnis

1. Renaissance der Industriepolitik
2. Definitionen von Industriepolitik
3. Industriepolitik der IG Metall
   3.1. Allgemeine Industriepolitik
   3.2. Branchenorientierte Industriepolitik
4. Mitbestimmung

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Renaissance der Industriepolitik

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Thema „Industrie“ und „Industriepolitik“ ist heute in aller Munde.

Die SPD hat bereits vor einem Jahr den Aufschlag gemacht und ein industriepolitisches Konzept mit durchaus guten Ansätzen vorgelegt.

Die CDU verabschiedete auf ihrer Klausurtagung im Januar 2013 eine Erklärung, nach der sie Deutschland als Wirtschafts- und Industriestandort zu ihrem zentralen Anliegen im Wahlkampf machen will.

Und während sich die Grünen – Überraschung – die ökologische Modernisierung auf die Fahnen schreiben wollen, versprach selbst der FDP-Frontmann und Wirtschaftsminister Rösler im November 2012 dem BDI:

„Wir werden alles dafür tun, dass die deutsche Industrie nicht museal wird.“

Der Punkt ist einfach: Die Politik besinnt sich seit der Finanzkrise wieder auf eine Wahrheit, die wir nie vergessen haben.

Wahr ist: Reduziert auf Dienstleistungen kann keine Gesellschaft ökonomisch erfolgreich sein.

Wahr ist: Fabriken werden nicht als sündhaft teure Lofts für Investmentbanker gebraucht, sondern damit hochqualifizierte Arbeitskräfte industrielle Wertschöpfung schaffen.

Wahr ist: Trotz aller Unkenrufe seit den 1980er Jahren über das Ende der Industriegesellschaft ist die industrielle Produktion nach wie vor die Basis des ökonomischen Erfolgs unserer Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um es auf den Punkt zu bringen: Industrielle Wertschöpfung ist für den Wohlstand und die politische Stabilität in Deutschland ebenso systemisch wie Banken für das Funktionieren der Finanz- und Kreditmärkte.

Doch wovon reden wir eigentlich? Was ist Industriepolitik?

2. Definitionen von Industriepolitik

Ich werde jetzt keine Vorlesung in Wirtschaftstheorie halten. Vielmehr will ich nur feststellen: Industriepolitik wird recht unterschiedlich definiert.

Die einen beziehen sich auf Branchen, die im industriepolitischen Fokus sind. Andere meinen die Industrie im Sinne des verarbeitenden Gewerbes, sprechen also den sekundären Sektor an. Und wieder andere haben die anglo-amerikanische Begrifflichkeit übernommen und meinen die gesamte Wirtschaft, wenn sie von Industriepolitik sprechen.

Und dann gibt es natürlich die Wirtschaftstheorien und deren Jünger. Nehmen wir den BDI. Auch der spricht von Industriepolitik. Auf seiner Website kann man z.B. lesen: „Europa braucht eine starke und international wettbewerbsfähige Industriepolitik."

Aber, Kolleginnen und Kollegen,

laut BDI darf die öffentliche Hand höchstens Rahmenbedingungen setzen.
Und keinesfalls ins Markgeschehen eingreifen! Vielmehr müssen aus Sicht des BDIs die Ergebnisse des Marktes akzeptiert werden.

Dieser Philosophie folgt auch das Bundeswirtschaftsministerium, wenn es unter Industriepolitik auf seiner Website schreibt:

„Zukunftsmärkte dürfen nicht durch die Politik bestimmt werden, weil die Marktteilnehmer im Wettbewerbsprozess viel besser herausfinden können, welche Märkte oder Technologien Zukunftspotential besitzen."

Wirklich? Ist das so?

Kolleginnen und Kollegen,

Ihr kennt sicher alle das berühmte Zitat von John Maynard Keynes, der meinte, auf lange Sicht sei ja so was wie eine Steuerung durch den Markt durchaus vorstellbar.

Und dann aber anfügte: „Auf lange Sicht sind wir alle tot."

Wir – und auch künftige Generationen – können aber nichts mehr auf die lange Bank schieben. Wir können nicht warten, bis der Markt im Wettbewerbsprozess herausgefunden hat, was Zukunftspotenzial haben könnte.

Kurzum: Wir können nicht auf die „unsichtbare Hand" des Marktes warten, wie sie einst Adam Smith beschrieben hat.

Unsere industrielle Basis ist viel zu wichtig, um sie dem Markt zu überlassen!

Wir brauchen die sichtbare Hand! Wir brauchen eine strategische Industriepolitik!

3. Industriepolitik der IG Metall

Und damit meinen wir als IG Metall sowohl eine Politik für die Industrie im Sinne des sekundären Sektors als auch für einzelne Industriebranchen.

Beides ist zentral für die Zukunft unserer industriellen Basis. Und beides ist damit die zentrale Grundlage für den ökonomischen Erfolg unserer Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

3.1. Allgemeine Industriepolitik

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gemeinsam mit der IGBCE haben wir bereits 2009 ein Papier zur Industriepolitik verfasst, aus dem dann ein Antrag für den DGB-Bundeskongress entstanden ist.

Für uns stehen selbstverständlich die Beschäftigten im Mittelpunkt der Industriepolitik. Ohne hoch motivierte und gut qualifizierte Beschäftigte gibt's keinem erfolgreichen Unternehmen. Ohne hoch motivierte und gut qualifizierte Beschäftigte gibt's keine Wertschöpfung.

Unser Land zeichnet sich dadurch aus, dass in den Produktionshallen und Werkstätten, in den Entwicklungs- und Designabteilungen, in den industrienahen Dienstleistungen, in Administration und Unterstützungsfunktionen Menschen mit bester Ausbildung arbeiten.

Erstes Ziel von Industriepolitik muss deshalb sein, dass das so bleibt.

Und wer eins und eins zusammenzählen kann, dem dürfte auch klar sein, dass hochwertige und wettbewerbsfähige Industriefertigung prekärer Beschäftigung widerspricht. Das passt schlichtweg nicht zusammen!

Ich sage klipp und klar in Richtung Unternehmen: Wer auf prekäre Beschäftigung setzt, der sägt an dem Ast, auf dem er selbst sitzt.

Deshalb war unsere Kampagne gegen Leiharbeit und die Regelung im Tarifvertrag so wichtig. Auch wenn hier noch nicht alles erreicht ist.

Deshalb sehen wir es zum Beispiel als Daueraufgabe an,

- für gerechte Entlohnung und gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen zu sorgen

- die berufliche Qualifikation und soziale Kompetenz der Beschäftigten erhöhen
- und dauerhafte Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven zu gewährleisten, auch, wenn es sein muss, über gesicherte Übergänge in neue Beschäftigung

Kolleginnen und Kollegen,

kurz und knapp: Für uns steht „Gute Arbeit“ im Mittelpunkt.

Und wenn wir „Gute Arbeit“ nicht nur heute durchsetzen, sondern auch künftig sichern wollen, dann müssen wir über den Tellerrand hinausschauen.

Es muss in industrielle Zukunftsfelder investiert werden. Die Arbeitsplätze von morgen hängen davon ab, ob heute in die Nachhaltigkeit der industriellen Produktion, zum Beispiel in die Energiewende und in die Elektromobilität investiert wird.

Anfang Dezember 2012 haben wir daher zum internationalen Kongress „Kurswechsel – für ein gutes Leben“ nach Berlin eingeladen. Über 800 Menschen aus 60 Ländern – aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik – kamen in die deutsche Hauptstadt, um Wissen und Erfahrungen auszutauschen sowie Ansätze für den notwendigen Richtungswechsel zu entwickeln.

Wir können mit Recht sagen, dass der Kongress zahlreiche Impulse gesetzt hat. Zum Beispiel durch Luiz Inácio Lula da Silva, ehemaliger Präsident Brasiliens sowie einstiger Metallgewerkschaftsführer. Aber auch durch James Galbraith von der University of Texas at Austin, durch Nouriel Roubini von der New York University oder durch Jill Rubery von der University of Manchester.

In zwölf hochkarätig besetzten Foren wurde heftig diskutiert. Die Themen reichten von Wachstumsdiskurs und Finanzmarktregulierung über nachhaltiger Industrieumbau und Energiewende bis Zukunft der Mobilität und Demokratisierung der Wirtschaft.

Ich habe am Anfang gesagt, dass die Industrie die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs ist.

Kolleginnen und Kollegen,

heute geht es darum, diesen Erfolg zukunftsfest zu machen und die Industrie nachhaltig zu modernisieren.

Und wer Nachhaltigkeit in Industrie und Wirtschaft durchsetzen will, der darf sich nicht mit einer passiven Anpassung an den Wandel wirtschaftlicher Rahmenbedingungen begnügen.

Der Markt wird es nicht richten! Nachhaltigkeit wird eben nicht ein Ergebnis der „unsichtbaren Hand“ sein. Im Gegenteil: Notwendig ist die sichtbare Hand, also die bewusste Gestaltung und Ausdifferenzierung entsprechender Handlungsgebiete.

Für die IG Metall ist die industrielle Entwicklung dann nachhaltig, wenn drei wechselseitig miteinander verbundene Ziele erreicht werden:

1) Produktion und Wirtschaftsweise müssen sozial tragfähig sein: der Wandel bedarf der Mitbestimmung und der tarifpolitischen Gestaltung
2) Produktionsverfahren, Produkte und Dienstleistungen müssen ökologisch verträglich sein: der effiziente und umweltschonende Verbrauch von Ressourcen rückt in den Mittelpunkt
3) die Wirtschaftsweise muss ökonomisch sinnvoll organisiert sein: die Realwirtschaft muss gestärkt, die Dominanz der Finanzmärkte gebrochen werden

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der Industriepolitik für den Kurwechsel müssen letztendlich Antworten auf die sechs zentralen Herausforderungen unserer Zeit gefunden werden:

1) Globalisierung: zunehmende internationale Arbeitsteilung verschiebt Marktanteile weg von Europa
2) Wissensökonomie: Bedeutung von Innovation und Forschung nehmen weiter zu
3) Ressourcenknappheit: Deutschland als rohstoffarmes Land ist auf den Import von Rohstoffen angewiesen
4) Klimawandel hat Auswirkungen auf Produktion – Energieeffizienz, geringere Kohlenstoffausstöße
5) Demografische Entwicklung: Überalterung der Bevölkerung und Belegschaften erfordern neue Produkte und neue Arbeitsformen sowie Lösungen für den absehbaren Fachkräftemangel
6) Urbanisierung: Verdichtungsräume stellen andere Anforderungen an Mobilität, Logistik und Gebäude

3.2. Branchenorientierte Industriepolitik

Kolleginnen und Kollegen,

diese Herausforderungen erfordern eine institutionelle Koordination zwischen Politik, Unternehmen und Gewerkschaften – sprich: industriepolitische Plattformen.

Nur so können zum Beispiel die nötigen öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Bildung sinnvoll verbunden werden mit privaten Investitionen in den Unternehmen. Vorreiter können Branchen sein, die für die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise von besonderer Bedeutung sind, etwa erneuerbare Energien.

Beispiel für eine solche Kooperationsstruktur ist die Nationale Plattform Elektromobilität. Diese kann auch auf andere Felder, wie beispielsweise Mobilität und Luft- und Raumfahrttechnik, übertragen werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir dürfen dabei nicht vergessen, dass Strukturwandel auch Arbeitsplätze gefährdet. Das wisst Ihr alle.

Deshalb brauchen wir dort, wo das passieren kann, belastbare Szenarien, die Alternativen für Produkte und Beschäftigte aufzeigen. Auch diese sind gemeinsam von Politik, Unternehmen und Gewerkschaft zu erarbeiten.

Und deshalb brauchen wir neben der allgemeinen Industriepolitik auch eine branchenorientierte Industriepolitik.

Ein Beispiel: Angesichts des Klimawandels, des Endes des billigen Öls und hoher Wachstumsraten beim Güter- und Personentransport stehen wir heute vor einem Umbau des gesamten Verkehrssystems.

Notwendig ist ein integriertes Mobilitätskonzept. Das bedeutet eine umfassende Vernetzung und Abstimmung der verschiedenen Verkehrsträger und verkehrsträgerübergreifenden Innovationen.

Dabei gilt: Alle Verkehrsträger – Straße, Schiene inklusive U-Bahn, Wasser und Luft – werden eine Rolle spielen. Die Mobilitätsleistungen aller Verkehrsträger müssen optimal genutzt und integriert werden.

Genau das haben wir unter anderem in unserem Positionspapier zur Luft- und Raumfahrtindustrie betont, das wir Anfang Juli an rund 200 Bundestagsabgeordnete und weitere Institutionen geschickt haben.

Ihr wisst, dass ich für die Luft- und Raumfahrtindustrie zuständig bin.
Mein Ziel ist es, dass die IG Metall die Zukunft der Luft- und Raumfahrtindustrie im Sinne der Beschäftigten mitgestaltet.

Deshalb führen wir Gespräche mit Politik und Industrie. Wir wollen einen industriepolitischen Branchendialog einleiten, mit dem Politik, Industrie, Wissenschaft und Gewerkschaften an einen Tisch kommen.

Deshalb stärken wir die IG Metall in der Branche, zum Beispiel über ein neues Projekt mit dem Ziel, Mitgliederzahlen und Organisationsgrad zu steigern. Dazu gehört natürlich, die Aktions- und Handlungsfähigkeit in den Betrieben zu stärken und die Zahl der Betriebe zu erhöhen, in denen die IG Metall aktionsfähig ist.

Das auch im Hinblick auf die Betriebsratswahlen 2014.

Kolleginnen und Kollegen,

einen ersten Erfolg können wir schon verbuchen. Peter Hintze, Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, hat uns zugesagt, dass eine nationale Luft- und Raumfahrtkonferenz einberufen wird.

Also genau das, was wir als industriepolitischer Plattform bezeichnen.

Aber auch Unternehmen müssen heute gut überlegen, welche Strategie sie fahren.

Kolleginnen und Kollegen,

verlassen wir die Luft- und Raumfahrtindustrie und schauen uns Siemens an.

Herr Löscher scheint nur noch die Marge im Visier zu haben. Was keine 14 Prozent bringt, schwebt in Gefahr, verkauft zu werden.

Es ist noch gar nicht so lange her, als vollmundig der Umbau zum grünen Konzern gepriesen wurde. Es wurde über eine Umsatzstärke von 100 Milliarden Euro philosophiert und vieles mehr.

Und heute? Heute regiert das so genannte „Kosteneffizienzprogramm“, das sehr viele Arbeitsplätze kosten wird.

Kolleginnen und Kollegen,

wir halten das für den falschen Weg. Anstatt sich von der Marge treiben zu lassen, muss sich Siemens langfristig zukunftsfähig aufstellen.

Und dafür entwickeln wir im Siemens Team der IG Metall auch Ideen.

Siemens könnte aus unserer Sicht einen zentralen Anteil leisten, damit sich Deutschland zu einem globalen Leitanbieter von Nachhaltigkeitstechnologien entwickelt.

Dafür ist natürlich auch eine vernünftige Industriepolitik notwendig, damit der deutsche Markt auch ein starker Leitmarkt für Nachhaltigkeit wird, in dem neue Lösungen nicht nur als Referenz eingesetzt, sondern auch Pionierleistungen vollbracht werden.

Z.B. von Siemens.

Wir schlagen vor, dass sich Siemens wieder auf die Stärken der deutschen Industrie besinnt:

- Innovationsstärke durch enge Koppelung von Entwicklung und Produktion
- hochqualifizierte Fachkräfte und anwendungsorientierte Ingenieurskultur
- Qualitätsbewusstsein
- und regionale Innovationssysteme

Auf dieser Basis könnte dann – erstens – in Deutschland eine Hochqualitätsproduktion etabliert werden, deren Produktionsstätten – zweitens – eine Vorreiterrolle im internationalen Wertschöpfungsnetzwerk einnehmen.

Unsere Vorstellung ist es, dass in Deutschland Forschung und Entwicklung, Produktion, Vertrieb und Service eng kooperieren. Innovationspotenziale können insbesondere durch die Verknüpfung von Entwicklungszentren mit Produktionswerken gehoben werden.

Die Produktionswerke in Deutschland können dann Leitwerke in dem Sinne werden, dass Ingenieure aus Forschung und Entwicklung gemeinsam mit den Produktionsexperten innovative Verfahren und neue Fertigungen testen.

Laufen diese stabil, können sie auf andere Standorte in der Welt übertragen werden.

Ihr seht also: Vernünftige Industriepolitik im Bereich von Nachhaltigkeitstechnologie und eine vernünftige Unternehmensstrategie von Siemens würden Hand in Hand greifen. Eine Fixierung auf die Marge, wie sie derzeit betrieben wird, trägt dagegen langfristig mit Sicherheit nicht.

Kolleginnen und Kollegen,

meine Botschaft ist eigentlich ganz einfach: Nur wenn eine vernünftige, langfristige Industriepolitik aufgesetzt wird, werden wir den Wohlstand in Deutschland sichern können.

Der Markt kann allein weder die Krise überwinden noch eine an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtete Neuaufstellung der Wirtschaft in Gang setzen.

Allgemeine und branchenorientierte Industriepolitik hat deshalb die Aufgabe, den strukturellen Wandel hin zu umweltverträglichen Produkten und Produktionsverfahren sozial und beschäftigungspolitisch positiv – auf jeden Fall ohne beschäftigungspolitische Verwerfungen – zu gestalten.

Kurzum: Es geht darum,

1. gesellschaftspolitisch relevante Zukunftsfelder für Wachstum und Beschäftigung zu entwickeln
2. die technologische Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der industriellen Branchen zu stärken
3. die Industriebeschäftigung qualitativ und quantitativ zu sichern und auszubauen
4. den Industriesektor für den internationalen Wettbewerb fortzuentwickeln

4. Mitbestimmung

Kolleginnen und Kollegen,

damit auch das klar ist: Eine gute Industriepolitik kann nur mit Einbindung der Gewerkschaften und Mitbestimmung funktionieren. Bei industriepolitischen Plattformen und in den Betrieben.

Eine der weltweit anerkannten Erfolgsvoraussetzungen für das Exportmodell Deutschland ist ja die Mitbestimmung.

Wer eine motivierte Belegschaft will, der muss auch den Willen der Beschäftigten im Betrieb zur Geltung zu bringen.

Gerade in Zeiten des Wandels ist es notwendig, die Interessen der Belegschaften in die betriebsinterne und in die öffentliche Diskussion einzubringen. Betriebsräte werden meist als Erste aufmerksam, wenn im Betrieb Probleme entstehen. Und sie arbeiten im Interesse der Beschäftigten daran mit, sie zu beheben.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall sind erfahrene Manager in Sachen produktiver Zusammenarbeit. Die kompetente Mitwirkung von Betriebsräten ist für Industriepolitik und betriebliche Entwicklung unverzichtbar.

Vielen Dank!